

# STADT NÜRTINGEN

- Haupt- und Rechtsamt -

Den 06.09.2021

Az.: 10 sp-mf 004.5

Bearbeiter/in: Speidel, Carmen

Sitzungsvorlage Nr. 052/2021/GR

TOP

Gremium	Termin	Öffentlichkeitsstatus	Beratungsstatus
Gemeinderat	05.10.2021	öffentlich	beschließend

Dem zuständigen Ortschaftsrat weitergeleitet am

Dem Jugendrat weitergeleitet am

Dem Stadtseniorenrat weitergeleitet am

**Betreff** Unterzeichnung des Städteappells der ICAN

Beschlussantrag:

Der Gemeinderat beschließt, den Städteappell der ICAN zu unterzeichnen.

- Pflichtaufgabe (Grundlage / Gesetz :  
 freiwillige Aufgabe  
 sonstige Beurteilung

**Kosten** des vorliegenden Antrags -- Euro

Es handelt sich um eine

- laufende Tätigkeit (Ergebnishaushalt)  Investition (Finanzhaushalt)

Der **Aufwand/Finanzbedarf** entsteht

- einmalig  jährlich

Mit einem **zusätzlichen Ertrag/Investitionszuschuss** ist zu rechnen

- einmalig  jährlich

Erläuterung:

**Buchungsstelle**

- Ergebnishaushalt (konsumtiv)  Finanzhaushalt (investiv)  
Kostenträger Investitionsnummer  
Kostenstelle  
Sachkonto

**Jährliche Folgekosten/jährliche Erträge**

**A Folgekosten** aus Investitionen

Abschreibungen Euro kalkulatorische Verzinsung Euro

**B Folgekosten** aus laufender Tätigkeit

*z.B. Personalaufwand, Sachaufwendungen etc.* Euro

**C Erwartete Erträge**

*z.B. Zuschüsse* Euro

**Finanzielle Fördermöglichkeiten**

- nein  
 es gibt folgende Fördermöglichkeiten:

**Mittel stehen im Haushalt bereit** gemäß Beschluss des vom

**Mittel sind noch bereitzustellen**

im Haushalt der Jahre

- als ordentliche Mittelanmeldung (Folgejahre)  
 als außerplanmäßige Mittel (im lfd. Jahr)  als überplanmäßige Mittel (im lfd. Jahr)

Deckungsvorschlag im lfd. Jahr

- Ergebnishaushalt (konsumtiv)  Finanzhaushalt (investiv)  
Kostenträger Investitionsnummer  
Kostenstelle  
Sachkonto

## Kurze Zusammenfassung des Sachverhalts

Am 22.07.2021 haben die Fraktionen SPD, NL/Grüne-Basis NT, NT14 sowie die Liberalen-Aktiven Bürger-FWV beantragt, dass die Stadt Nürtingen den Städteappell ICAN unterzeichnet.

## Bisherige Beschlüsse/Behandlungen in Gremien

--

## Sachverhalt

Bei der ICAN handelt es sich um ein globales Bündnis von über 500 Organisationen in 103 Ländern. Die Abkürzung bedeutet: International Campaign to Abolish Nuclear weapons (ICAN). Für ihre langdauernden und schließlich erfolgreichen Bemühungen um einen internationalen Verbotvertrag gegen Atomwaffen wurde dieses internationale Bündnis 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Dieser Vertrag wurde am 07. Juli 2017 von 122 Mitgliedsstaaten der UNO beschlossen. Inzwischen ist er von 84 Staaten unterzeichnet und von 47 Staaten ratifiziert worden. Deutschland hat den Vertrag bisher nicht unterzeichnet.

Die ICAN ruft weltweit Städte dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Große Städte in Asien, Europa, Nordamerika und Australien haben den Appell schon unterzeichnet, der wie folgt lautet:

***„Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“***

Dem Appell an die Bundesregierung haben sich bisher die Bundesländer Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Hamburg angeschlossen, außerdem 104 Städte und Gemeinden und 5 Landkreise und Regionen, darunter alle Landeshauptstädte und der Städtereionstag Aachen am 12.12.2019.

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte und bewohnte Gebiete dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Sie sind direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert u.a. auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen. Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes und die Weltgesundheitsorganisation weisen darauf hin, dass nirgends auf der Welt die medizinische Infrastruktur den Folgen eines Atomwaffenangriffs gewachsen wäre.

Städte und Gemeinden tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohnern. Aus diesem Grund sollten sie sich gegen Atomwaffen aussprechen. Ein neues, globales Bündnis von Städten und Gemeinden stärkt die Stimmen der Menschen weltweit und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäfte zu unterlassen. Auch die Organisation „Mayors for Peace“, in der Herr Oberbürgermeister Dr. Fridrich Mitglied ist, spricht sich für die Abschaffung von Atomwaffen aus.

Aus all diesen Gründen wird beantragt, dass auch die Stadt Nürtingen diesen Appell unterzeichnen soll.

## Alternativen zum Beschlussvorschlag

---

Speidel

### Abstimmung

Die Angaben sind abgestimmt

*mit*

*am*